

Gemeinde Kirchlinteln
z.Hd. Herrn Bürgermeister
Wolfgang Rodewald
Am Rathaus 1
27308 Kirchlinteln

**CDU-Fraktion im
Gemeinderat Kirchlinteln**

Es schreibt:

Fraktionsvorsitzender
Günter Lühning
Fährstraße 4
27308 Kirchlinteln

fraktion@cdu-kirchlinteln.de

16.3.2014

A N T R A G

Vorbemerkungen

Aufruf zum verantwortlichen Handeln für die Gemeinde
Einzelanträge und Ziel-Werte zu den Haushaltsberatungen 2014

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Rodewald,
sehr geehrte Damen und Herren in Rat und Verwaltung,

Vorbemerkungen

Unsere Gemeinde Kirchlinteln ist bekanntlich ländlich geprägt, ist nicht durch größere Gewerbebetriebe und entsprechende Gewerbesteuerereinnahmen begünstigt und zählt seit Jahrzehnten innerhalb des wirtschaftlich starken Landkreises Verden bekanntlich zu den strukturschwächeren Gemeinden.

Trotzdem ist es Gemeinderat und Verwaltung in den bisherigen Wahlperioden seit 1972 gelungen, die Gemeinde positiv zu entwickeln. Durch eine überwiegend sparsame Haushaltsführung konnten Verwaltung und Gemeinderat in früheren Wahlperioden geordnete Gemeinde-Finanzen erreichen, die sich in erster Linie durch

- **Hebesätze bei den Realsteuern unter dem Landesdurchschnitt**
- **Pro Kopf-Verschuldung unter dem Landesdurchschnitt**

auszeichnete.

Nach einer Studie der IHK Stade hatte unsere Gemeinde mit **171 € Schulden pro Einwohner** noch im Jahre **2006** die **dritt-niedrigste Pro-Kopf-Verschuldung aller 54 Kommunen im Elbe-Weser-Raum** und lag mit 171 € Pro-Kopf-Verschuldung sehr deutlich unter dem Landes-Durchschnitt in Niedersachsen (Durchschnittswert 2006: 1.503 € pro Einwohner). Mehr Infos: www.cdu-kirchlinteln.de/2006-noch-dritt-niedrigste-pro-kopf-verschuldung/

Am **Jahresende 2010** betrug die Schulden der Gemeinde Kirchlinteln aber bereits **2,77 Mio. Euro**, weil die Fehlbeträge für die drei Schulen und die Kindertagesstätten im Vergleich zu den Vorjahren deutlich auf jeweils über 1 Mio. Euro angestiegen waren.

2014 steigt der Zuschussbedarf

- a.) bei den Kindertagesstätten auf 1.580.200 €
- b.) bei den Schulen auf 1.344.900 €

und gemäß Seite 208 des von der Verwaltung vorgelegten Haushaltsplanes 2014 würden sich die **Schulden** auf **über 5 Mio. €** in nur 4 Jahren verdoppeln.

Während **vergleichbare Gemeinden für 2014 ausgeglichene Haushalte** mit positiven Ergebnissen von 100.000 € und mehr beschlossen haben, gehen Bürgermeister Wolfgang Rodewald und Kämmerer Werner Kunath mit einem

Haushalts-Defizit 2014 von aktuell 1.092.000 €

(Quelle: VAZ-Pressebericht vom 15.3.2014)

in die jetzt beginnenden Haushaltsplan-Beratungen.

Im vorgenannten Pressebericht beklagt die Verwaltungsspitze den Anstieg der Kreisumlage. Leider wird dabei völlig ignoriert, dass der Kreistag des Landkreises Verden die

Reduzierung der Kreisumlagen-Hebesätze

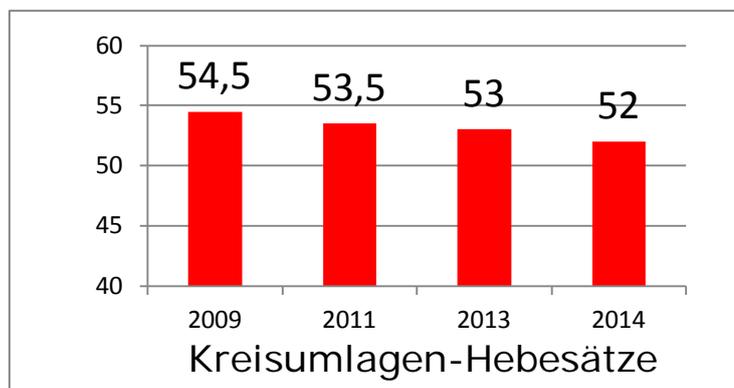
- von **54,5 %** (2007-2009)
- auf **53,0 %** (2013)

und jetzt

- auf **52,0 %** in **2014**

beschlossen hat, so dass die Kommunen im Landkreis Verden spürbar entlastet werden.

Zusätzlich hat der Landkreis die Zuweisungen für die KiTa´s erhöht.



Wenn die absolute Summe der an den Landkreis Verden zu zahlenden Kreisumlage trotz dieser Reduzierung der Hebesätze ansteigt, dann ist dafür die im Vergleich zu den Vorjahren **verbesserte Einnahme-Situation unserer Gemeinde** verantwortlich.

	2012	2013	2014
Summe ordentliche ERTRÄGE	12.763.368 €	13.585.400 €	13.903.600 €
(./.) Transferaufwendungen	4.793.410 €	5.021.500 €	5.267.900 €
(=) unserer Gemeinde verbleibend	7.969.958 €	8.563.900 €	8.635.700 €
Verbesserung 2014 vs. 2012:			665.742 €

	2012	2013	2014
Su. ordentliche AUFWENDUNGEN	13.804.000 €	14.539.400 €	15.156.000 €
(./.) Transferaufwendungen	4.793.410 €	5.021.500 €	5.267.900 €
(=) Aufwendungen ohne Transferl.	9.010.590 €	9.517.900 €	9.888.100 €
Anstieg der Aufwendungen 2014 vs. 2012			877.510 €

Quelle: Ergebnishaushalte 2014 (Seite 89) und 2013 (wg. Aufwendungen 2012 incl. AfA)

Aus den beiden vorstehenden Tabellen wird deutlich, dass wir

➤ **eher kein Einnahme-Problem**

(Erträge, die der Gemeinde verbleiben steigen von 8 Mio. € in 2012 auf 8,6 Mio. € in 2014)

➤ sondern **in erster Linie ein Ausgaben-Problem**

(Aufwendungen ohne Transferleistungen steigen von rd. 9 Mio. € in 2012 über 9,5 Mio. € in 2013 und sollen 2014 auf fast 9,9 Mio. € steigen)

haben.

Die Haushaltsplan-Beratungen sollen nun beginnen, obwohl von der Verwaltung bisher

- weder **Vorbericht** noch Fortschreibung des **Haushaltssicherungskonzeptes** als Bestandteile des Haushaltsplanes 2014 vorgelegt wurden und
- nicht absehbar ist, wann konkret die vollständige **Eröffnungsbilanz 2010** dem Gemeinderat vorgelegt wird und ob die Vorlage der Eröffnungsbilanz 2010 rechtzeitig vor der Sitzung des Gemeinderates erfolgt, der am 2.4.2014 den Haushaltes 2014 beschließen soll.

Zur Erinnerung: Der **Landkreis Verden** als Aufsichtsbehörde hat 2013 angekündigt, über die **Genehmigung des Gemeinde-Haushaltes 2014 erst** zu entscheiden, **wenn die Eröffnungsbilanz 2010 fertiggestellt ist** und vorliegt.

Aufruf zum verantwortlichen Handeln

Kommunale Selbstverwaltung ist nach unserem Verständnis das

- **gemeinsame, verantwortliche Handeln von Rat und Verwaltung** zum nachhaltigen Wohl unserer Gemeinde.

Für eine **Gemeinde in der Haushaltssicherung** mit

- steigender Verschuldung
- erheblichen Fehlbeträgen trotz steigender Einnahmen

ist es vor diesem Hintergrund nicht ausreichend

- hauptsächlich höhere Zuweisungen und bessere Einnahmen zu fordern und
- zu betonen, wo keine Einsparungen vorgenommen werden dürfen.

Wenn wir die Zukunftsfähigkeit unserer Gemeinde nicht gefährden und die finanzielle Handlungsfähigkeit zurückgewinnen wollen, dann werden wir notwendigerweise auch unliebsame, unpopuläre Entscheidungen treffen müssen.

Unsere Fraktion ist bereit, nachhaltig wirksame Entscheidungen zu treffen. Wir rufen zu gemeinsamen Kraftanstrengungen von Rat und Verwaltung sowie zu mutigen Entscheidungen auf.

Von Bürgermeister Rodewald als Hauptverwaltungsbeamten wünschen wir uns ein klares Konzept, in dem aufgezeigt wird, wie zu Beginn seiner 2. Amtszeit die Sanierung der Gemeinde-Finanzen gelingen soll.

Einzelanträge und Zielwerte

1. DEFIZIT-BEGRENZUNG

Begrenzung des negativen Haushaltsergebnisses 2014 auf maximal - 500.000 €, möglichst weniger (statt - 1.252.400 €, lt. 1. Entwurf)

2. NEUVERSCHULDUNG

Durch Defizit-Reduzierung entsprechende Begrenzung der Neuverschuldung und Vorlage einer Finanzplanung, die künftig (z.B. ab 2016) ohne Neuverschuldung auskommt.

3. VERBESSERUNG DER EINNAHMEN

- a. Die Gemeindeverwaltung sollte weitere Vorschläge für Einnahmeverbesserungen in die Haushaltsberatungen einbringen.
- b. Sofern eine Haushaltssanierung alleine durch konsequentes Sparen nicht erreicht werden kann, würde die CDU-Fraktion einem Antrag der Verwaltung auf Erhöhung der Steuern (Grundsteuern A und B, Gewerbesteuer) auf den Durchschnittswert vergleichbarer ländlicher Gemeinden bzw. Erhöhung um max. 20 %-Punkte zustimmen.

Exkurs:

Im Anschluss an diesen Antrag stellen wir in einer Grafik transparent die Realsteuer-Hebesätze 2013 der Kommunen im Landkreis Verden und unserer Nachbar-Kommunen in den Landkreisen ROW und HK (Grundsteuern A und B, Gewerbesteuer) dar. Daraus wird deutlich, dass wir mit unseren Hebesätzen von 350 %-Punkten (GrSt. A), 360 %-Punkten (GrSt. B) und 370 %-Punkten unverändert unter dem Landesdurchschnitt und teilweise deutlich unter den Hebesätzen ländlicher Nachbar-Gemeinden liegen.

Quelle: IHK Hannover

4. GRUNDSATZBESCHLÜSSE AUFHEBEN

Aufhebung aller bisherigen Grundsatzbeschlüsse, erneute Beratung der jeweiligen Sachverhalte und Entscheidung vor dem Hintergrund der dramatisch veränderten finanziellen Situation (Kommune in der Haushaltssicherung).

5. KEINE (wesentliche) ÜBERSCHREITUNG DER 2013er HAUSHALTSANSÄTZE und PRIORISIERUNG KOMMUNALER INVESTITIONEN

Von der Verwaltung wurde im November eine Liste mit einer Rangfolge der Produktgruppen mit negativen Ergebnissen (1. KiTa´s bis 24. Umweltschutzmaßnahmen) vorgelegt. In einigen Produktgruppen überschreiten die 2014er Plan-Ansätze

- a.) die Plan-Werte 2013 deutlich
- b.) die Haushaltsergebnisse 2012 sogar sehr deutlich

Um

- die finanzielle Leistungsfähigkeit der Gemeinde nicht zu überfordern und
- damit wir mittelfristig die Handlungsfähigkeit einer eigenständigen Kommune zurück gewinnen können,

müssen diese geplanten Negativ-Ergebnisse auf maximal den Plan-Wert 2013 – besser: das HH-Ergebnis 2012 begrenzt werden.

Im Interesse einer verbesserten Transparenz über die Ursachen von höheren Defiziten in einzelnen Produktgruppen im Vergleich zu den Vorjahren und damit auf fundierter Basis Maßnahmen für Einsparungen beraten und beschlossen werden können, wird die Verwaltung aufgefordert die jeweiligen kostentreibenden Einzelmaßnahmen im Haushaltsplan transparenter aufzulisten

6. GEBÄUDESANIERUNGEN NUR IN EIGENREGIE

Für 2014 und die folgenden Jahre plant die Gemeinde Kirchlinteln nur so viele Gebäudesanierungen bzw. Maßnahmen des Gebäudemanagements, wie mit eigenen Fachkräften im Rathaus abgearbeitet werden können. Aufwendungen für die Beauftragung von externen Architekten und Bauleitern werden konsequent eingespart (Ausnahme: Fachplanungen durch Fach-Ingenieure, die in einem gesonderten Haushaltsansatz zuvor veranschlagt sein müssen).

7. PRIORISIERUNG KOMMUNALER INVESTITIONEN UND NACHHALTIGKEIT

Alle kommunalen Investitionen sind bezüglich der Nachhaltigkeit zu bewerten und zu priorisieren und zwar durch Unterteilung in

- Priorität 1: Maßnahmen mit Kosteneinsparungseffekt und angemessener Amortisation
- Priorität 2: Maßnahmen ohne Einsparungseffekt

8. KONSEQUENTE NUTZUNG DER EWE-SONDERAUSSCHÜTTUNG

Die Verwaltung möge aufzeigen, wie die jährlichen EWE-Sonderausschüttungen künftig konsequenter und zeitnaher für sinnvolle kommunale Investitionen genutzt werden.

9. HAUSHALTSRESTE 2013

Die Verwaltung soll zu den Haushaltsberatungen 2014 alle aktuellen Haushaltsreste 2013 auflisten, und Vorschläge zum Umgang mit diesen unterbreiten, wobei der Fokus auf einer Verbesserung des HH-Ergebnisses 2013 liegen soll.

10. REDUZIERUNG DER PERSONALAUFWENDUNGEN

auf das gesetzlich vorgeschriebene Mindest-Maß bzw. auf ein für ländliche Kommunen übliches Maß

- z.B. Kosteneinsparungen bei der Gleichstellungsbeauftragten, aber Erfüllung der gesetzlichen Vorgaben
- z.B. Personalkosteneinsparung bei der Gemeinde-Bücherei (Erhalt der Bücherei, aber Teilumwandlung in eine ehrenamtliche Vereinsstruktur bzw. Unterstützung der Bücherei durch Schülerfirma)
- keine Planstellen in Kindertagesstätten mehr, für die die Gemeinde keine

Personalkostenzuschüsse z.B. vom Land erhält

11. REDUZIERUNG DES EINSEITIG DECKUNGSFÄHIGEN BETRAGES FÜR „UNERHEBLICHE AUSZAHLUNGEN FÜR INVESTITIONSTÄTIGKEIT“ VON DERZEIT 10.000 € AUF 1.000 €

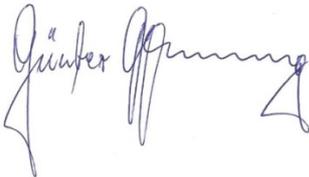
Zunächst verweisen wir auf Seite 210 des Haushaltsplan-Entwurfs 2014 und das „Haushaltsgespräch“ 2014 im November des Vorjahres.

Sachverhalt:

„Gem. § 19 Abs. 4 GemHKVO werden innerhalb eines Budgets Ansätze für zahlungswirksame Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit als einseitig deckungsfähig erklärt für unerhebliche Auszahlungen für Investitionstätigkeit. Als unerheblich im Sinne dieser Regelung wird für die Gemeinde Kirchlinteln generell ein Betrag bis 10.000 € je Investitionsmaßnahme bzw. Investitionsförderungsmaßnahme festgelegt. In begründeten Einzelfällen kann diese Grenze der „Unerheblichkeit“ durch den Verwaltungsausschuss abweichend beschlossen werden.

Antrag: Wir beantragen die Reduzierung von 10.000 € auf 1.000 €

Mit freundlichen Grüßen
CDU-Fraktion im Gemeinderat Kirchlinteln



Günter Lühning
CDU-Fraktionsvorsitzender

